

UNSERE WOCHE IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

am 1. April kommt nun also – neben den üblichen Scherzen – eine Groteske über uns, die leider gar nicht zum Lachen ist: Das Cannabis-Gesetz.

»Das Gesetz ist keine Krone der Gesetzgebung. Die Folgefragen, die wir mit einer Legalisierung haben, sind nicht ernsthaft durchdekliniert worden. Die gesamte Fachwelt sagt: Lasst die Finger davon.«, sagt selbst Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD!) dazu.

Dass alle Warnungen selbst aus den Regierungsparteien, vor allem aber von Fachleuten, seien es Kinder- und Jugendärzte, Neurologen, Polizei und Justiz in den Wind geschlagen wurden, ist ein starkes Stück ideologisch motivierter Ignoranz. Alle Experten sehen bis zum Alter von 25 Jahren wegen des noch anhaltenden Reifeprozesses des Gehirns besondere Risiken für psychische, physische und soziale Beeinträchtigungen.

Das hat selbst der Bundesgesundheitsminister verstanden. Nur meint er, es reiche, junge Menschen einfach vor diesen Gefahren zu warnen.

Man hebt mitten auf dem Weg eine tiefe Grube aus und warnt dann im Internet und im Sozialkundeunterricht davor – und meint, dann könne ja niemand mehr reinfallen!

Dass selbst Gutachten im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums von einem Anstieg des Konsums und seiner Folgen ausgehen, dass alle Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass eine Legalisierung zu großen sozialen Problemen führt – geschenkt. Dass das viel beschworene Ende des Schwarzmarktes schlicht ein Märchen ist und wir sogar mit einem deutlich ausgedehnten und aggressiveren Drogenmarkt rechnen müssen – ebenso geschenkt. Dass die legalisierten Mengen für zwei Joints pro Tag reichen und alle Ausnahmen vor Schulen und Kitas usw. zu einem nicht vollziehbaren bürokratischen Chaos führen – passt zur Ampelregierung.

Ich verstehe zwar nicht, warum wir große Energien von Werbe- bis Rauchverböten darauf verwenden, den Konsum von Nikotin und Alkohol einzudämmen, aber zugleich die Tür für viel größeres Problem weit aufstoßen.

Aber ich will hier nicht der Spielverderber sein für alle, die sich schon auf einen legalen Joint freuen. Ich hätte nämlich überhaupt kein Problem mit Erwachsenen, die sich am Wochenende mal aus der eigenen Fensterbankernte einen drehen. Ich verstehe nur nicht, warum wir unsere Jugend so leichtfertig gefährden, wo wir andernorts selbst Werbung für Gummibärchen und Fruchtjoghurt verbieten wollen.

Dabei hätte man den Feierabendjoint so einfach legalisieren können mit einem Gesetz, das drei Pflanzen pro Haushalt erlaubt und den unbeschränkten Konsum zuhause für alle über 25 Jahre – ohne Verbotszonen, ohne Cannabis-Clubs, ohne Freimengen, die die Arbeit von Po-

lizeibeamten und die Strafverfolgung von Dealern quasi unmöglich machen, und ohne mit einer unsinnigen Amnestie die Justiz lahmzulegen. Solch ein Gesetz wäre liberal und vollziehbar gewesen – Das ab 1. April geltende Gesetz ist dagegen einfach Murks. Murks, der uns noch lange zu schaffen machen wird. Ganz nach dem Zauberlehrling: ›Die ich rief, die Geister werd' ich nun nicht los.‹

Ich wünsche Ihnen jetzt schon frohe Osterfeiertage und sonnige Ferien und auch nach dem 1. April weiterhin einen klaren Kopf, Ihr



Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags



MEINE WOCHE IM LANDTAG

100 Millionen Euro zusätzlich für bayernweite Akzente und regionale Projekte! So viel Geld nehmen wir im Haushalt 2024/2025 in die Hand, um gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eigene Schwerpunkte zu setzen. Besonders unterstützt wird dabei der ländliche Raum, mit einer massiven Aufstockung der Mittel für die Dorferneuerung. Auch die Bereiche Wissenschaft mit einer Stärkung von Universitäten und Hochschulen sowie Kunst und Kultur mit Musik, Theater, Museen und Baudenkmalern sind uns ein besonderes Anliegen, um die Kernbereiche unserer Regierungsarbeit zu stärken.

So stellen wir sicher, dass die Menschen im ganzen Freistaat von unserer vernünftigen Haushaltsführung profitieren. Neben den Ballungsgebieten gilt unser Augenmerk maßgeblich den ländlichen Regionen mit wichtigen Landwirtschafts- und Umweltprojekten. So stärken wir die grüne Lunge Bayerns und bewahren ein wichtiges Stück Heimat.

In unserer Aktuellen Stunde zum Plenum haben wir uns mit der Digitalisierung befasst, einem weiteren Kernanliegen

unserer Fraktion. Wie wir uns einen modernen Staat mit innovativer Verwaltung vorstellen, lesen Sie im Newsletter. Außerdem erfahren Sie, welche Dringlichkeitsanträge wir ins Plenum eingebracht haben und warum wir ein neues Abgeordnetengesetz auf den Weg gebracht haben.



RÜCKBLICK

FRAKTIONSINITIATIVEN: 100 MILLIONEN EURO FÜR REGIONALE PROJEKTE

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner verankern wir im Haushalt 2024 100 Millionen Euro, um über 300 Vorhaben in den verschiedensten Gesellschaftsbereichen umsetzen. Wir stärken die Wissenschaft, die dörfliche und touristische Infrastruktur und den Ausbau der Digitalisierung. Auch in Kunst und Kultur investieren wir kräftig. Der ländliche Raum wird mit gut 29 Millionen Euro unterstützt. Davon fließen rund 6,4 Millionen Euro in die Stärkung der Dorferneuerung. Im Bereich Umwelt stellen wir 250.000 Euro für einen Energiewende-Chatbot, der Fragen rund um das Thema Energie beantwortet, sowie weitere 500.000 Euro für die Digitalisierung der Förderprogramme des Naturschutzes bereit. 400.000 Euro fließen in ein Pilotprojekt zur letalen Vergrämung von Saatkrähen.

Im Bildungsbereich nehmen wir 250.000 Euro zur Schwimmförderung an Grundschulen in die Hand. Eben-

falls 250.000 Euro fließen in die Sprachstanderhebung vor der Einschulung. In den Bereich Sicherheit und Rettungsdienst fließen fast 10 Millionen Euro. Knapp 2,2 Millionen Euro investieren wir in die Digitalisierung unserer bayerischen Polizei. Besonders hervorzuheben ist die Unterstützung der Ausbildung von mehr Notfallsanitätern mit fast einer Million Euro. Insgesamt 20 Millionen Euro gehen in den Wissenschaftsbereich. Davon fließen allein 2 Millionen Euro in den Ausbau des bayerischen Netzwerks zur Erforschung von Long Covid und dem chronischen Fatigue-Syndrom. Auch im Wirtschaftsbereich treiben wir Innovation voran und unterstützen Gründerinnen von Digital-Startups mit über 220.000 Euro.

Hervorzuheben sind auch die 12 Millionen Euro zusätzliche Mittel für die Bereiche Gesundheit und Soziales. Hierbei werden unter anderem die Bahnhofsmissionen mit rund 300.000 Euro unterstützt und zur Förderung des demokratischen und ehrenamtlichen Engagements junger Menschen gehen 3,6 Millionen Euro an die Jugendarbeit. Diese Organisationen sind ein wichtiger Baustein in den sozialen Netzen vor Ort und leisten einen unersetzlichen Dienst für die Menschen. Mehr [\[HIER\]](#).

FREUDE ÜBER FÖRDERUNGEN ALLGÄUER PROJEKTE

Im Rahmen der Fraktionsinitiativen der Regierungsfraktionen darf sich die Gemeinde Betzigau über einen Zuschuss von rund **1 Millionen Euro für das geplante Dorfgemeinschaftshaus in Hochgreut** freuen. Ich freue mich sehr, dass wir für Hochgreut eine so eine außerordentliche Förderung erreichen konnten und wir die Gemeinde Betzigau nun bei diesem finanziellen Kraftakt maßgeblich unterstützen können. Ich hatte mich nach dem Appell des 1. Bürgermeisters der Gemeinde Betzigau, Roland Helfrich, mit Bitte um Unterstützung seit Monaten für eine Förderung stark gemacht. Bereits im Jahr 2013 hat die Gemeinde den Bau des Dorfgemeinschaftshauses in Hochgreut mit einer breiten Bür-



gerbeteiligung entwickelt. Aufgrund der beabsichtigten Kürzungen im Bundeshaushalt des mehrfach zugesagte Zuschussbetrags stand das Projekt zwischenzeitlich fast vor dem Aus. Die Gemeinde rechnet mit Kosten von etwa 3,9 Millionen Euro. Die Vereine in Hochgreut sehnen sich seit Jahren nach mehr Platz und der Bau des Dorfgemeinschaftshauses ist ein dringend notwendiger Schritt, um das Dorf- und Vereinsleben aufrecht erhalten zu können. Mehr als 20 Vereine und Gruppierungen wären ansonsten in ihrer Existenz gefährdet, da schlichtweg der Platz fehlt. Umso wichtiger ist es nun, dass wir dazu beitragen, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land auch in der Praxis umgesetzt werden kann.

SPITALHOF KEMPTEN

Außerdem konnten wir Freie Wähler weitere **300.000 Euro für praxisnahe Versuche zur Gülleausbringung am Spitalhof in Kempten** sichern. Bereits im vergangenen Jahr konnten die Landwirte durch Haushaltsgelder bei ihren Testreihen unterstützt werden. Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass die Versuche weiterhin realisiert werden können, um rechtzeitig vor 2025 zu brauchbaren Ergebnissen zu kommen. Eine EU-Richtlinie verlangt ab 2025 eine bodennahe, streifenförmige Ausbringung des Düngers. Diese Richtlinie stellt viele Landwirte in der Region vor große Herausforderungen und erhebliche finanzielle Kosten. Vor allem Nebenerwerbslandwirte und kleinere Betriebe sind betroffen. Aus diesem Grund wird Freie Wähler uns dafür eingesetzt, den Alpenraum von dieser Regelung auszunehmen und konnten einen Praxisvergleich zwischen streifenförmiger und boden-



naher Ausbringung einerseits und Breitverteilung andererseits erreichen. Viele Landwirte bezweifeln nämlich, dass durch die neue Methode das Ziel der Ammoniakreduktion um 29% erreicht werden könne, und halten das bisherige Verfahren in verbesserter Form für die richtige Methode. Ich halte es deshalb für wichtig, dass wir nun auch für das Jahr 2024 wieder 300.000 Euro an Mitteln zur Fortführung dieser Versuche bereitstellen können. Es ist unabdingbar, dass wir hier Lösungen finden, die den Allgäuer Landwirten eine vernünftige und rentable Bewirtschaftung ihrer Felder auch nach 2025 ermöglichen. Die Testversuche sind somit eine ideale Möglichkeit zu untersuchen, ob die Ammoniak-Ausgasungen unter bestimmten Bedingungen wirklich so verschieden sind, um daraus anschließend zukunftsweisende Schlüsse zu ziehen.

STADT DER FREIHEITSRECHTE – MEMMINGEN

Auch für meinen Stimmkreis in Memmingen gibt es gute Nachrichten. Die **Stadt Memmingen** nähert sich mit großen Schritten dem Jubiläumsjahr 2025. Dann werden 500 Jahre der »Zwölf Artikel« gefeiert. Die Artikel der aufständischen Bauern im Jahr 1525 über Freiheit, Menschenwürde und Gleichberechtigung gelten als erste Formulierung von Grund- und Menschenrechten überhaupt. Für die Durchführung des Jubiläumsjahres werden nun **30.000 Euro** zur Verfügung gestellt. Bereits in der Vergangenheit habe ich mich intensiv dafür eingesetzt, dass Memmingen als einer von 13 Orten als »Ort der Demokratie« vom Bayerischen Landtag ausgezeichnet wurde. Wenn nun 500 Jahre Freiheitsgeschichte gefeiert werden, dann kann sich die Stadt erneut überregional positionieren und eine Strahlkraft entwickeln, die auch nach dem Jubiläumsjahr anhalten wird. Es sind zahlreiche Veranstaltungen und innovative Formate für das Jubiläumsjahr 2025 geplant, welche durch den finanziellen Zuschuss nun weiter vorangetrieben werden können. Im Bereich Alltagskompetenzen und Sprache darf sich

darüber hinaus die **Oberallgäuer Volkshochschule e.V. über 25.000 Euro für die Erwachsenenbildung** freuen. Die **Feuerwehrlernwelt in Augsburg erhält 270.000 Euro** als finanzielle Unterstützung, um eine drohende Insolvenz zu vermeiden. Auch hier hatte ich mich nach einem Hilferuf der Verantwortlichen dafür eingesetzt, dass dieser wichtigen Institution unter die Arme gegriffen wird.

GESETZENTWURF ZUR STÄRKUNG DER DEBATTENKULTUR IM LANDTAG

Die demokratischen Landtagsfraktionen unter Beteiligung von uns FREIEN WÄHLERN haben diese Woche einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Stärkung der Debattenkultur in den Bayerischen Landtag eingebracht. Wir sehen dies als erforderlich an, weil die kommunikativen Standards, die bislang die Grundlage der Rede- und Streitkultur innerhalb des Hohen Hauses bildeten, seit dem Einzug der AfD in den Landtag in der letzten Legislaturperiode enorm Schaden genommen haben.

Klar ist: Die freie Rede der Abgeordneten in der Plenarsitzung stellt den Kern der demokratischen Auseinandersetzung dar. Gleichzeitig ist aber eine Verschärfung des Tons im politischen Diskurs festzustellen, die in Anbetracht der Vorbildfunktion des Landtags besonders schwer wiegt und nicht ignoriert werden darf. Denn wie die Abgeordneten im Hohen Haus miteinander umgehen und den politischen Diskurs führen, beobachten Bayerns Bürgerinnen und Bürger genau.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes bietet ein ausgewogenes und differenziertes System an Ord-

nungsmaßnahmen, die durch das Präsidium als Kollegialorgan festgesetzt werden können. Dadurch wird dem Spannungsverhältnis zwischen freier Rede im Parlament und Debattenkultur in angemessener Weise entsprochen.

Konkret sieht der Gesetzentwurf insbesondere eine Verschärfung der Ordnungsmaßnahmen bei Störungen der Plenarsitzungen sowie auch außerhalb des Sitzungsbetriebs des Landtags vor – darunter: Ordnungsruf, Ordnungsgeld und Sitzungsausschuss. Zudem kann der Landtag ein Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 2000 Euro festsetzen. Dieses kann im Wiederholungsfall auf bis zu 4000 Euro erhöht werden. Weitere Infos [\[HIER\]](#).



KURZNEWS

BEZAHLKARTE FÜR ASYLBEWERBER BUNDESWEIT EINFÜHREN

Als erstes Flächenland in Deutschland wird der Freistaat Bayern im März 2024 mit der Einführung einer Bezahlkarte für Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beginnen. Nach Ende der Testphase in den Landkreisen Fürstentfeldbruck, Günzburg und Traunstein sowie der Stadt Straubing soll sie rasch landesweit ausgerollt werden. In unserem diesbezüglichen Dringlichkeitsantrag fordern wir die Bundesregierung auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und eine Grundlage für die bundesweite Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge und Asylbewerber zu schaffen – denn sie ist ein wichtiger Baustein einer Asylpolitik nach dem Grundsatz »Humanität und Ordnung«. Ferner fordern wir, den erweiterten rechtlichen Rahmen für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz auszuschöpfen. Zuwanderung muss besser gesteuert und begrenzt werden. Dazu bedarf es wirksamer Maßnahmen wie etwa den Abschluss von deutlich mehr Rückführungsabkommen sowie die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten. Die Zeit wirkungslo-

ser Worte und vertaner Chancen auf Migrationsgipfeln ist vorbei. Mit der Bezahlkarte werden insbesondere finanzielle Transaktionen in die Herkunftsländer der Asylbewerberinnen und -bewerber verhindert und somit effektiv Pull-Faktoren für illegale Migration gesenkt. Mehr [\[HIER\]](#).



KRIMINALSTATISTIK: BAYERN BLEIBT SICHERSTES BUNDESLAND

Die Kriminalstatistik 2023 hat eindrucksvoll bewiesen: **Bayern hat die niedrigste Kriminalitätsbelastung und die höchste Aufklärungsquote im Bundesvergleich.** Das sehen wir als Bestätigung der erfolgreichen Politik unserer Bayernkoalition seit mittlerweile fünfzehn Jahren. Unsere Koalition hält ihr Versprechen: Bayern ist weiterhin das sicherste Bundesland Deutschlands. Dennoch erfährt der Freistaat einen Anstieg der Kriminalitätsbelastung – die Statistik zeigt insbesondere einen Zusammenhang zwischen unkontrollierter Zuwanderung und verschlechterter Sicherheitslage. Hier steht die Bundesregierung in der Pflicht: Ein »Weiter so« in der Asylpolitik darf es schon aus sicherheitspolitischen Gründen nicht mehr geben. Auch dem Anstieg der Gewalt an Schulen müssen wir uns effektiver entgegenstellen. Als FREIE WÄHLER-Fraktion werden wir uns daher mit allen beteiligten Staatsministerien für die

Erarbeitung eines breitgefächerten Anti-Gewalt-Konzepts einsetzen. Mehr [\[HIER\]](#).

AUSHÖHLUNG DER DUALEN AUSBILDUNG VERHINDERN!

Wir lehnen das Berufsbildungsvalidierungs- und Digitalisierungsgesetz des Bundes ab, denn es droht, die duale Ausbildung in der bisher bekannten und bewährten Qualität auszuhöheln – das muss verhindert werden. Um Bayern auch in Zukunft als erfolgreichen Technologie- und Wirtschaftsstandort zu erhalten, bedarf es gut ausgebildeter Fachkräfte. Die Grundintention des Gesetzes, Menschen mit langjähriger beruflicher Praxis hin zu einem Berufsabschluss zu bringen, ist durchaus zu begrüßen. **Es darf jedoch nicht sein, dass sich dadurch junge Menschen anstelle einer zukunftsweisenden, vollständigen Ausbildung für einen geringqualifizierten Job entscheiden, nur um später das Validierungsverfahren zu durchlaufen.** Die Sicherung der Qualität der dualen Ausbildung muss oberste Priorität haben. Die vom Bund geplante Validierung beruflicher Fähigkeiten kann deshalb nur ein nachrangiger Weg für streng begrenzte Ausnahmefälle sein. In der aktuellen Fassung würde ein paralleles Verfahren geschaffen, das bewährte Strukturen ad absurdum führt. Mehr [\[HIER\]](#).

AKTUELLE STUNDE: ZUKUNFTSCHANCEN DER DIGITALISIERUNG NUTZEN!

Die Menschen in Bayern shoppen online, erledigen ihre Bankgeschäfte im Netz und informieren sich über KI-gestützte Chatbots. Auch die Verwaltung muss digitaler werden. Das dient der Bürgerfreundlichkeit und ermöglicht ein schnelleres und effizienteres Verwaltungshandeln. Unser Digitalminister Fabian Mehring schiebt hier kräftig an. In kürzester Zeit hat er die Kostenteilung für digitale Verwaltungsleistungen zwischen Freistaat und Kommunen auf tragfähige Beine gestellt. Dass mit der Aleph Alpha GmbH der europäische KI-Champion schlechthin nach Bayern kommt, ist ebenfalls sein Verdienst. Den Freistaat als Digitalstandort haben wir fest im Blick und suchen nach Lösungen, damit die europäische KI-Verordnung nicht zum zweiten DSGVO-Debakel für Bayerns Wirtschaft wird. Klar ist auch: wir dürfen etablierte Prozesse nicht einfach 1:1

digitalisieren. Vielmehr müssen wir ganzheitlich denken und den Mix aus Automatisierung, KI und menschlichen Entscheidungen bestmöglich gestalten. Mehr [\[HIER\]](#).



#FRAKTIONIMGESPRÄCH MIT... DER BAYERISCHEN INGENIEURE- KAMMER-BAU

Diese Woche war die Bayerische Ingenieurekammer-Bau zu Besuch in der Fraktion: Unsere Abgeordneten diskutierten bei einem parlamentarischen Frühstück im Bayerischen Landtag mit Vertretern der Ingenieurekammer über Erleichterungen im Vergaberecht für Kommunen und Unternehmen, sowie über eine schnellere und umfassendere Digitalisierung der Verwaltung, etwa bei Bauanträgen und Vergabeportalen. Zur Bildergalerie geht's [\[HIER\]](#).

#STREIBLSSTANDPUNKT: GUT FÜR BAYERN: DIE PISA-OFFENSIVE

Die PISA-Umfrage hat gezeigt: Wir müssen besser darin werden, unseren Kindern wichtige Lebenskompetenzen zu vermitteln. Die PISA-Offensive unserer Kultusministerin Anna Stolz macht genau das. Das Gute dabei: Kunst- und Musikunterricht bleiben erhalten – kein Kind muss darauf verzichten. [\[HIER\]](#) geht's zum neuen Videoformat #StreiblsStandpunkt.

IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.S.d.P.) Telefon 0831 9909 3001
Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
87435 Kempten www.alexander-hold.de